

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Brackwede	04.12.2008	öffentlich
Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss	09.12.2008	öffentlich
Finanz- und Personalausschuss	09.12.2008	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	18.12.2008	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Erlass einer Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Gütersloher Straße

Beschlussvorschlag:

Die „Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der Gütersloher Straße zwischen Hauptstraße und Osnabrücker Straße“ wird entsprechend der Vorlage beschlossen.

Begründung:

Die Abrechnungsstrecke der Gütersloher Straße von Hauptstraße bis Osnabrücker Straße ist auf der Westseite im Bereich der angrenzenden Bahnstrecke nur einseitig anbaubar. Dies stellt im Ausbaubeitragsrecht nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung eine atypische Erschließungssituation dar.

Weil die allgemeine Ausbaubeitragsatzung vom 16.08.1988 vom Regelfall der beidseitigen Anbaubarkeit ausgeht, ist deshalb eine Sonderregelung für die Beitragserhebung Gütersloher Straße zwischen Hauptstraße und Osnabrücker Straße erforderlich, die dieser Atypik gerecht wird.

Eine solche Sonderregelung muss den Anteil der Beitragspflichtigen geringer festsetzen und in Form einer Sondersatzung erfolgen.

Dem Ortsgesetzgeber steht bei der Festsetzung dieses Anteils ein weites Ermessen zu, innerhalb dessen er die wirtschaftlichen Vorteile der Beitragspflichtigen gegen die Vorteile der Allgemeinheit gerecht abzuwägen hat. Dies ist grundsätzlich bereits mit der allgemeinen Ausbaubeitragsatzung von 1988 geschehen. Hier geht es daher nur darum, innerhalb des durch die allgemeine Satzung vorgegebenen Rahmens eine Sonderregelung zu finden, die der durch die einseitige Anbaubarkeit gegebenen Atypik gerecht wird.

Da im vorliegenden Fall nur eine Teilstrecke der westlichen Straßenseite, die etwa einem Viertel

der Gesamtlängden der Grundstücke an der Abrechnungsstrecke entspricht, nicht anbaubar ist, soll der Anteil der Beitragspflichtigen um ein Viertel reduziert werden.

Bei der Abrechnungsstrecke handelt es sich um eine Hauptverkehrsstraße. Abzurechnen sind auf dieser Strecke die Kosten der Fahrbahn. Nach § 3 Abs. 3 der Ausbaubeitragssatzung vom 16.08.1988 beträgt der Anteil der Anlieger an den Kosten der Fahrbahn 10%. Dieser Anteil ist im vorliegenden Fall um ein Viertel auf 7,5 % zu reduzieren.

Die satzungsmäßige Sonderregelung muss grundsätzlich bis zur endgültigen Herstellung der Anlage festgelegt sein.

Es ist aber zulässig, im Einzelfall eine Satzungsregelung, die atypische Fälle nicht berücksichtigt, auch im verwaltungsgerichtlichen Verfahren noch zu ersetzen. Die neue Satzungsregelung darf die Beitragspflichtigen nicht schlechter stellen und muss Rückwirkung haben bis zu dem Zeitpunkt der Verwirklichung des letzten Tatbestandsmerkmals. Das letzte Tatbestandsmerkmal für die Entstehung einer Ausbaubeitragspflicht wurde mit der formellen Abnahme der Bauarbeiten am 21.06.2007 erfüllt, sodass es der Anordnung der Rückwirkung (§ 2) bedarf.

Finanzielle Auswirkungen: Der umlagefähige Aufwand reduziert sich durch die Reduzierung des Anliegeranteils von 10% (= 30.828,59 €) um 7.707,15 € auf 7,5% (= 23.121,44 €).

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

**Satzung
über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
in der Straße Gütersloher Straße**

zwischen Hauptstraße und Osnabrücker Straße

Aufgrund der §§ 7 und 41 Abs.1 f der Gemeindeordnung für das Land NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.Juli 1994 (GV.NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.Oktober 2007 (GV.NRW, S. 380)

sowie des § 8 des Kommunalabgabengesetzes für das Land NRW vom 21.Oktober 1969 (GV.NRW, S.712), zuletzt geändert durch Artikel II des Gesetzes vom 11.Dezember 2007 (GV.NRW 2008, S.8)

und des § 3 Abs. 13 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Bielefeld vom 16.08.1988

hat der Rat der Stadt Bielefeld in seiner Sitzung am 18.12.2008 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Stadt Bielefeld erhebt für den Aufwand, der ihr infolge der im Jahre 2007 durchgeführten Bauarbeiten in der Gütersloher Straße (von Hauptstraße bis Osnabrücker Straße) entstanden ist, Beiträge nach Maßgabe der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Bielefeld vom 16.08.1988.

Abweichend von § 3 Abs. 3 Nr. 3a) der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Bielefeld vom 16.08.1988 wird der Anteil der Beitragspflichtigen

für die Fahrbahn auf 7,5 v. H.
festgesetzt.

§ 2

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 21.06.2007 in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung bei Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann. Dies gilt nicht, wenn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) der Oberbürgermeister den Ratsbeschluss vorher beanstandet hat oder

- d) der Form- oder Verfahrensmangel gegenüber der Stadt Bielefeld vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet wurde, die den Mangel ergibt.

Bielefeld, den

Oberbürgermeister